

Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord
Postfach 1227 | 56402 Montabaur
-gegen Empfangsbekanntnis-

**Verbandsgemeindewerke Bad Marienberg
Kirburger Straße 4**

56470 Bad Marienberg

**REGIONALSTELLE
WASSERWIRTSCHAFT,
ABFALLWIRTSCHAFT,
BODENSCHUTZ**

Kirchstraße 45
56410 Montabaur
Telefon 02602 152-0
Telefax 02602 152-100
Poststelle@sgdnord.rlp.de
www.sgd nord.rlp.de

31.01.2018

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner(in)/ E-Mail	Telefon/Fax
33-GE 320/2-1974	25.01.2018	Elke Scheffer	02602 152-114
Bitte immer angeben!	H. Günster	elke.scheffer@sgdnord.rlp.de	0261 120 888-114

**Vollzug der Wassergesetze;
Erteilung einer Erlaubnis zur Einleitung von Grundwasser aus dem Stollen
„Höhn/Alexandria“ in die Große Nister (Gewässer II. Ordnung)
Lage: Einleitung Stollenentwässerung Gemarkung Schönberg, Flur 7, Flurstück
1/14, Verbandsgemeinde Westerburg / Westerwaldkreis**

B E S C H E I D

EINLEITUNGSERLAUBNIS ÜBERLAUF

**Aufgrund der §§ 8, 9 und 10 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts
(Wasserhaushaltsgesetz -WHG-), sowie den §§ 25 ff des Wassergesetzes für das
Land Rheinland-Pfalz (Landeswassergesetz -LWG-),
ergeht folgende Entscheidung:**

1. Zweck, Art und Maß der Benutzung:

Auf Antrag der Verbandsgemeindewerke Bad Marienberg, Kirburger Straße 4, 56470
Bad Marienberg, wird hiermit

1/11

Kernarbeitszeiten
09.00-12.00 Uhr
14.00-15.30 Uhr
Freitag: 09.00-13.00 Uhr

Verkehrsanbindung
ICE-Bahnhof Montabaur
Linien 460, 462, 480, 481
Haltestelle Konrad-Adenauer-Platz

Parkmöglichkeiten
hinter dem Dienstgebäude
(bitte an der Schranke klingeln), Kirchstraße,
Parkplatz „Kalbswiese“ an der Fröschfortstraße

Für eine formgebundene, rechtsverbindliche, elektronische Kommunikation nutzen Sie bitte die virtuelle Poststelle der
SGD Nord. Unter www.sgd nord.rlp.de erhalten Sie Hinweise zu deren Nutzung.

die wasserrechtliche Erlaubnis erteilt,

die zum Zwecke der Ableitung des Überlaufes aus dem Stollen „Alexandria“ aus dem Entnahmebauwerk überlaufende Wassermenge über einen Ablaufkanal DN 1100 bis an die Böschungskrone rd. 15 m vor der Großen Nister abzuleiten.

Von dort fließt das Wasser direkt über eine aus Basaltsteinen hergestellte Ablaufrinne in das ca. fünf Meter tiefer gelegene Gewässer, entsprechend den vorliegenden Planunterlagen, mit folgenden Höchstmengen in der nachfolgend aufgeführten Örtlichkeit wie folgt einzuleiten:

Einleitungsgewässer	Gemarkung	Flur	Flurstück	Gauß-Krüger-Koordinaten	l/s	m³/h	m³/d
Nister, Gewässer II. Ordnung	Schönberg	7	1/14	R: 34 26 36 6 H: 56 10 97 2	600	2.100	50.000

2. Planunterlagen:

Der Erlaubnis liegen die von Ingenieurgesellschaft Dr. Siekmann +Jakob mbH, 56457 Westerburg, unter dem Datum vom 14.05.2003 erstellten Unterlagen zugrunde.

Diese sind Bestandteil des Bescheides und mit einem entsprechenden Vermerk versehen._

Anmerkung:

Die beantragten Entnahmemengen, aufgestellt von Ingenieurgesellschaft Dr. Siekmann +Jakob mbH, Westerburg, von ehemals 453 l/s wurden in Abstimmung mit dem technischen Werkleiter, Herrn Hombach, am 26.01.2018 aktualisiert auf die tatsächlich gemessenen Einleitungsmengen von 600 l/s; 2.100 m³/h, 50.000m³/d

3. Widerrufsvorbehalt und Befristung:

Die Erlaubnis ist gemäß § 18 Abs. 1 WHG widerruflich und ist befristet bis zum **31.12.2034.**

Die Befristung wurde in Anlehnung an das Wasserrecht, Gehobene Erlaubnis zur Grundwasserentnahme aus dem Stollen „Alexandria“, die ebenfalls gem. § 18 Abs. 1 WHG widerruflich und befristet erteilt wurde, auf das gleiche Datum der Befristung bis zum 31.12.2034 gesetzt.

4. Ordnungswidrigkeiten:

Eine Zuwiderhandlung gegen die angeordneten Auflagen bzw. vollziehbaren Anordnungen (§§ 13 WHG) gilt gemäß § 103 Abs. 1 Nr. 1 WHG als Ordnungswidrigkeit und kann mit einer Geldbuße bis zu 50.000 € geahndet werden (§ 103 Abs. 2 WHG).

5. Auflagen und Bedingungen zu den Einleitungen:

- 5.1 Betriebsstörungen und Reparaturfälle, die negative Auswirkungen auf das Einleitungsgewässer haben können, sind unverzüglich folgenden Stellen anzuzeigen:
 - der Kreisverwaltung des Westerwaldkreises, untere Wasserbehörde,
 - der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz in Montabaur,
- 5.2 Die Erhöhung der Einleitungsmengen, Veränderung oder Stilllegung der Anlagen sind rechtzeitig zuvor bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Montabaur, zu beantragen.
- 5.3 Andere als die Stollenwässer dürfen nicht in das Gewässer eingeleitet werden.

6. Auflagenvorbehalt:

Weitere Auflagen, Änderungen bzw. Ergänzungen bleiben vorbehalten.

7. Allgemeine Hinweise:

Es ist zu beachten, dass

- 7.1 die Einleitungserlaubnisse nicht das Recht gewähren, Gegenstände die einem anderen gehören oder Grundstücke und Anlagen, die im Besitz eines anderen stehen, in Gebrauch zu nehmen,
- 7.2 die Einleitungserlaubnisse unter den Vorbehalten der §§ 13 Abs. 1, 18 und 101 WHG stehen,
- 7.3 diese Entnahme- und die Einleitungserlaubnisse nicht Rechte Dritter berühren und nicht Genehmigungen ersetzen, die nach anderen Rechtsvorschriften erforderlich sind,
- 7.4 jede Änderung der Anlagen und Einrichtungen, die der Ausübung der Wasserrechte dienen, nur mit Zustimmung der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Montabaur, zulässig ist.
- 7.5 die Übertragung der Entnahme- und der Einleitungserlaubnisse in Abweichung von § 8 Abs. 4 WHG der Zustimmung durch die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Montabaur, bedarf.

8. Kostenentscheidung

Die Antragstellerin trägt die Kosten des Verfahrens.

9. Kostenfestsetzung:

Die Kosten für diese Amtshandlung werden auf insgesamt

462,58 €

festgesetzt.

Hierin sind enthalten:

Gebühren:	462,58	€
Auslagen:	0,00	€

Die Kostenentscheidung beruht auf den §§ 1, 2, 3, 9, 10 und 13 Landesgebührengesetz (LGebG) vom 03.12.1974 (GVBl. S. 578) in Verbindung mit der lfd. Nr. 11.1.2 (Gebührenrahmen von 26,50 € bis 5.315,00 €) der Landesverordnung über die Gebühren im Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten (Besonderes Gebührenverzeichnis) vom 01.12.2010 (GVBl. S. 524 ff).

Die Kosten werden nach § 17 LGebG mit der **Bekanntgabe an den Kostenschuldner** fällig und sind auf das folgende Konto der

Bundesbank Koblenz

BIC: MARKDEF1570

IBAN: DE10 5700 0000 0057 0015 06

unter Angabe des Kassenzzeichens: **48027/18/2109/233/148011111** zu überweisen.

Die Kosten werden auch bei Erhebung eines Widerspruches mit der Bekanntgabe dieses Bescheides fällig.

Werden bis zum Ablauf eines Monats nach dem Fälligkeitstag Gebühren oder Auslagen nicht entrichtet, so kann für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 1 v.H. gemäß den Bestimmungen des § 18 Landesgebührengesetz erhoben werden.

10. **Begründung:**

Das im „Tiefen Wasserstollen“ der ehemaligen Braunkohlengrube „Alexandria“ auslaufende Grundwasser wird von den Verbandsgemeinden Bad Marienberg und Westerbург als Trinkwasserlieferant genutzt sowie bis in die Verbandsgemeinden Selters und Wallmerod geliefert. Dieses Vorkommen ist mengenmäßig das Bedeutendste im Westerwald und bedarf deshalb einer besonderen Würdigung und eines besonderen Schutzes.

Die Grundwasserentnahme erfolgte bereits seit den siebziger Jahren und wurde mit Bewilligung der ehem. Bezirksregierung Koblenz am 14. August 1972, Az.: 406-311-

14-10/72, 1.) in Höhe von 2.000.000 m³/a für die öffentliche Wasserversorgung beschieden. Ebenfalls wurde mit dem o.a. Bewilligungsbescheid 2.) das nicht für die Trinkwasserversorgung benötigte Stollenwasser über den Überlauf der Fassungsanlage und die anschließende Rohrleitung in die große Nister, einzuleiten. Dieser Bewilligungsbescheid ist nach Ablauf von 30 Jahren erloschen.

Diese bewilligte Entnahmemenge wurde in der Vergangenheit niemals voll ausgeschöpft. Trotz vertraglicher Verpflichtungen zur Abgabe an die Verbandsgemeinde Westerburg in Höhe von 2.000 m³/d; 730.000 m³/a werden gem. vorgelegter Wasserversorgungsbilanzen maximal 1.4 Mio. m³ /a für die öffentliche Wasserversorgung genutzt. Auf Grund möglicher Schwankungen des Dargebotes der bestehenden Gewinnungsanlagen der Verbandsgemeinde Bad Marienberg und beabsichtigter Aufgabe sanierungsbedürftiger Gewinnungsanlagen wurden für die zukünftige Grundwasserentnahme folgende Entnahmemengen durch Erteilung der getroffenen Erlaubnis am 15.12.2015 genehmigt:

1.600.000 m³/a; 6.575 m³/d; 274 m³/h.

Am Ende des Stollens befindet sich eine Staukammer, von der aus über eine Überlaufrinne permanent große Wassermengen (330 l/s - 600 l/s) zur Großen Nister hin ablaufen.

Da die Entnahmemenge nach Auswertung vorgelegter aktueller Wasserversorgungsbilanzen der letzten 20 Jahre und zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur ca. 13 % des Schüttungsverhaltens des Stollens (11.000.000 m³/a; 30.137m³/d; 349 l/s) beträgt, werden die Hauptwassermengen als sogenannte Überlaufwässer seit Jahrzehnten in die Große Nister eingeleitet.

Die anthropogene Beeinflussung und Nutzbarmachung als Wasserlieferant und die Einleitung in ein Gewässer II. Ordnung haben in der Vergangenheit keine negativen Beeinträchtigungen im Naturhaushalt und Wasserhaushalt erkennen lassen.

Die Wasserstände des Stollens „Alexandria“ wurden langjährig gemessen und täglich werden Abfluss- und Niederschlagsmessungen vorgenommen.

Auf dieser Grundlage und in Abstimmung mit den Verbandsgemeinden Bad Marienberg und der zuständigen Fachbehörde wurde eine gegenüber der bisherigen Entnahme geringere Entnahmemenge von nunmehr: 6.575 m³/d; 1.600.000 m³/a für die öf-

fentliche Wasserversorgung 2015 genehmigt und eine größere Einleitungsmenge von ungenutzten Stollenwasser von rd. 50.000 m³/d in die Große Nister genehmigt.

Das im „Tiefen Wasserstollen“ auslaufende Grundwasser verdankt seinen Ursprung der ehemaligen Braunkohlengrube „Alexandria“, in der das Feld „Alexandria“ bereits 1826 von der Großen Nister her durch mehrere Stollensysteme erschlossen wurde. Die Entwicklung des Braunkohle-Abbaus im Raum Bad Marienberg ging bis in das Jahr 1718 zurück und insgesamt wurden durch die Grube „Alexandria“ inkl. angeschlossener Grubenfelder von 1827 bis zur Stilllegung 1961 ca. 4 Mio. t Kohle gefördert. Diese bergbaulichen Nutzungen sind ausgebeutet und dieses Stollensystem dient mit seinem natürlichen Abfußverhalten nach der Stilllegung der Gruben alleinig der öffentlichen Wasserversorgung.

Die bislang geltende Bewilligung der damaligen Bezirksregierung Koblenz zur Grundwasserentnahme und Einleitung von Überlaufwasser vom 08.10.1984, Az.: 56-311-15-2/84 (heute: 33-GE 565), war auf 30 Jahre erteilt und ist am 08.10.2014 durch Fristablauf erloschen. Für die Einleitung von Überlaufwasser aus dem Stollen „Alexandria“ ist eine neue wasserrechtliche Erlaubnis erforderlich.

Die Einleitung stellt eine Gewässerbenutzung i. S. d. § 9 Abs. 1 Nr. 4 WHG dar und bedarf nach § 8 Abs. 1 WHG einer behördlichen Erlaubnis oder einer sonstigen wasserrechtlichen Entscheidung.

Bei der Festlegung der Gewässerbenutzung wurde berücksichtigt, dass jede vermeidbare Beeinträchtigung der Gewässerbeschaffenheit zu unterbleiben hat (§ 12 WHG).

Die im Bescheid aufgenommenen Inhalts- und Nebenbestimmungen und Hinweise sind zur Vermeidung nachteiliger Wirkungen für andere und für die Ordnung des Wasserhaushalts geboten. Sie beruhen auf den § 13 WHG.

Die Zuständigkeit der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz Montabaur, für diese Entscheidung ist in den §§ 19, 92 und 96 LWG geregelt.

Die im Erlaubnisbescheid angeordneten Auflagen und Bedingungen (Nebenbestimmungen) sowie Hinweise sind zur Verhütung nachteiliger Wirkungen für andere und für die Ordnung des Wasserhaushalts sowie zur Vermeidung bzw. zum Ausgleich von Eingriffen in Natur und Landschaft geboten. Die Erlaubnis kann gemäß § 31 Abs. 1 LWG nur dann um eine angemessene Frist verlängert werden, wenn nicht überwiegende Belange des Wohls der Allgemeinheit oder, wenn diese nicht berührt sind, Rücksichten von überwiegender wirtschaftlicher Bedeutung entgegenstehen. Der Antrag auf Verlängerung der Frist ist bei Erfüllung der vorgenannten Bedingungen gemäß § 31 Abs. 2 LWG, spätestens 6 Monate vor deren Ablauf bei der zuständigen Behörde zu stellen.

11. Wasserbuch:

Die Eintragung ins Wasserbuch erfolgt gem. § 87 Abs. 2 Ziffer 1 WHG.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden.

Der Widerspruch ist bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord einzulegen.

Der Widerspruch kann

1. schriftlich oder zur Niederschrift bei der

**Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord,
Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz**

**Kirchstraße 45
56410 Montabaur**

oder Postfach 1227, 56402 Montabaur

oder

2. durch E-Mail mit qualifizierter elektronischer Signatur¹ an:

SGDNord@Poststelle.rlp.de

erhoben werden.

Bei der Verwendung der elektronischen Form sind besondere technische Rahmenbedingungen zu beachten, die auf der Homepage der SGD Nord unter <https://sgdnord.rlp.de/de/service/elektronische-kommunikation/> aufgeführt sind.

¹ vgl. Artikel 3 Nr. 12 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG (ABl. EU Nr. L 257 S. 73).

Kernarbeitszeiten

09.00-12.00 Uhr
14.00-15.30 Uhr
Freitag: 09.00-13.00 Uhr

Verkehrsanbindung

ICE-Bahnhof Montabaur
Linien 460, 462, 480, 481
Haltestelle Konrad-Adenauer-Platz

Parkmöglichkeiten

hinter dem Dienstgebäude
(bitte an der Schranke klingeln), Kirchstraße,
Parkplatz „Kalbswiese“ an der Fröschpfortstraße

Im Auftrag

-gez.-

(Ines Otte)

Rechtsgrundlagen

Stand: Januar 2018

- **Wasserhaushaltsgesetz (WHG)** vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585); zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18.07.2017 (BGBl. I S. 2771);
- Wassergesetz für das Land Rheinland-Pfalz (**Landeswassergesetz - LWG**) vom 14.07.2015 (GVBl. S. 127); zuletzt geändert durch § 5 des Gesetzes vom 22.09.2017 (GVBl. S. 237)
- Verordnung zum Schutz der Oberflächengewässer (Oberflächengewässerverordnung-OGewV) vom 20.07.2011 (BGBl. I S. 1429);
- Gesetz über die **Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)** in der Neufassung der Bekanntmachung vom 24.02.2010 (BGBl. I. S. 94), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08.09.2017 (BGBl. I Seite 3370)
- Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Gesetzes über die **Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPVwV)** vom 18.09.1995 (GVBl. S. 671);
- Landesgesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (**LUVPG**) vom 22.12.2015 (GVBl. S. 516)
- **Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG)** vom 23.01.2003 (BGBl. I S. 102), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 18.07.2017 (BGBl. I S. 2745);
- Landesgesetz über das Verwaltungsverfahren in Rheinland-Pfalz (**Landesverwaltungsverfahrensgesetz - LVwVfG**) vom 23.12.1976 (GVBl. S. 308), zuletzt geändert durch § 48 des Gesetzes vom 22.12.2015 (GVBl. S. 487);
- **Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO)** vom 19.03.1991 (BGBl. I S. 686), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 08.10.2017 (BGBl. I S. 3546);
- **Landesgesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AGVwGO)** vom 05.12.1977 (GVBl. S. 451), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.08.2014 (GVBl. S. 187);
- **Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (POG)** in der Fassung vom 10.11.1993 (GVBl. S. 595, zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 19.12.2014 (GVBl. S. 332);
- **Trinkwasserverordnung (TrinkwV 2001)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 02.08.2013, BGBl. I S. 2977, die durch Artikel 2 des Gesetzes vom 17.07.2017 (BGBl. S. 2615); zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 03.01.2018 (BGBl. I. S. 99)
- **Infektionsschutzgesetz (IfSG)** zuletzt geändert durch Artikel 1 de Gesetzes vom 17.07.2017 (BGBl. I. S. 2615);
- **Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG)** vom 17.03.1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28.07.2017 (BGBl. I S. 2833);
- **Landesnatschutzgesetz (LNatSchG)** vom 28.09.2005 (GVBl. S. 387 vom 12.10.2005), geändert durch Gesetz vom 06.10.2015 (GVBl. S. 283), zuletzt geändert am 21.12.2016 (GVBl. S. 584);
- **Bundesnatschutzgesetz (BNatschG)** vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28.09.2017 (BGBl. I Seite 3434);
- **Baugesetzbuch (BauGB)** vom 23.09.2004 (BGBl. I. Nr. 52 vom 01.10.2004 S. 2414), in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634);
- **Landesbauordnung Rheinland-Pfalz (LBauO)** vom 24.11.1998 (GVBl. S. 365), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15.06.2015 (GVBl. S. 77);
- **Abwasserverordnung (AbwV)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Juni 2004 (BGBl. I S. 1108, 2625), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 02. September 2014 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist;
- Landesverordnung über die **Selbstüberwachung von Abwasserbehandlungsanlagen (SÜVOA)** vom 27.08.1999 (GVBl. S. 211), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.07.2015 (GVBl. S. 127);
- Landesverordnung über die Beseitigung von kommunalem Abwasser (**KomAbwVO**) vom 27.11.1997 (GVBl. S. 441 ff), zuletzt geändert durch Landesverordnung vom 16.06.1999 (GVBl. S. 132 ff);
- Gesetz über Abgaben für das Einleiten von Abwasser in Gewässer (**Abwasserabgabengesetz – AbwAG**) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 18.01.2005 (BGBl. I S. 114); zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 02.09.2014 (BGBl. I S. 1474)
- Landesgesetz zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes AbwAG (**Landesabwasserabgabengesetz – LabwAG**) vom 22.12.1980 (GVBl. S. 258), geändert durch § 125 des Gesetzes vom 14.07.2015 (GVBl. S. 127) zuletzt geändert am 01.01.2016 (GVBl. S. 518);
- **Abgabenordnung (AO)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3866; 2003 I S. 61), die zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044) geändert worden ist
- **Landesgebührengesetz für Rheinland-Pfalz (LGebG)** vom 03.12.1974 (GVBl. S. 578); zuletzt geändert durch Gesetz vom 13.06.2017 (GVBl. S. 106);
- Landesverordnung über die Gebühren im Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz (**Besonderes Gebührenverzeichnis**) vom 20.04.2006 (GVBl. S. 165), zuletzt geändert durch Artikel 3 der Verordnung vom 08.12.2015 (GVBl. S. 439)
- Landesverordnung über die Gebühren für Amtshandlungen allgemeiner Art (**Allgemeines Gebührenverzeichnis**) vom 08.11.2007 (GVBl. S.277);
- Richtlinie 2006/11/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15.02.2006 betreffend die Verschmutzung infolge der Ableitung bestimmter gefährlicher Stoffe in die Gewässer der Gemeinschaft;
- Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie 80/68/EWG des Rates vom 17. Dezember 1979 über den Schutz des Grundwassers (**Grundwasserverordnung - GrWV**) vom 09.11.2010 (BGBl. I, S. 1513);
- **Süßwasserqualitätsverordnung (SüWaQuaV)** vom 20.09.1997 (GVBl. Seite 244);
- Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaft vom 18.07.1978 über die Qualität von Süßwasser, das schmutz- oder verbesserungsbedürftig ist, um das Leben von Fischen zu erhalten (78/659/EWG)
- Gewässerprogramm- und Qualitätsziel- Verordnung vom 13.02.2001 (GVBl. S. 78), zuletzt geändert am 06.10.2004 (GVBl. S. 465);
- Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) vom 18.04.2017 (BGBl. I S. 905);
- Gesetz über die Durchführung von Maßnahmen des Arbeitsschutzes zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit (**Arbeitsschutzgesetz - ArbSchG**) vom 07.08.1996 (BGBl. S.1246), zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 05.02.2009 (BGBl. I S. 160);
- Verordnung über Arbeitsstätten (**Arbeitsstättenverordnung – ArbStättV**) vom 12.08.2004 (BGBl. I S. 2179), geändert durch Artikel 282 der Verordnung vom 31.08.2015 (BGBl. I S. 1474), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30.11.2016 (BGBl. S. 2681);
- Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen (**Baustellenverordnung – BaustellV**) vom 10.06.1998 (BGBl. S. 1283 ff), zuletzt geändert durch Artikel 27 der Verordnung vom 03.07.2017 (BGBl. I S. 2066);
- Landesverordnung zur Feststellung der wasserrechtlichen Eignung von Bauprodukten durch Nachweise nach der Landesbauordnung Rheinland-Pfalz (**Wasserbauprüfverordnung – WasBauPrVRP**) vom 20.03.1998 (GVBl. S. 120)
- **Landesumweltinformationsgesetz (LUIG)** vom 27.10.2014 (BGBl. I S. 1643), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28.07.2017 (BGBl. I S. 2834)
- **Landesstraßengesetz (LStrG)** in der Fassung vom 01.08.1977, zuletzt geändert durch Gesetz vom 06.10.2015 (GVBl. S. 283)
- **Bundesfernstraßengesetz (FStrG)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juni 2007 (BGBl. I S. 1206), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28. Juli 2017 (BGBl. I S. 2833)
- **Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 17.05.2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 28. Juli 2017 (BGBl. I S. 2773)
- **Landesfischereigesetz (LFischG)** vom 09.12.1974 (GVBl. S. 601), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.07.2015 (GVBl. 127)